

Dissens in CDU Schleswig-Holstein zur Grundsteuer

POLITIK

Von Friedhelm Feldhaus | 22.01.2021



Um das Grundsteuermodell im hohen Norden - hier die Lübecker Altstadt - wird erbittert gestritten.
Quelle: Immobilien Zeitung, Urheber: Friedhelm Feldhaus

Der Wirtschaftsrat der CDU Schleswig-Holstein hat vor "sozialistischen Experimenten" bei der Übernahme des Bundesmodells der Grundsteuer gewarnt. Das Modell sei ein "Sargnagel" für das Eigentum in Deutschland und zudem verfassungsrechtlich angreifbar. Die Wohnungsverbände raten der CDU, in der Jamaika-Koalition ihren "wirtschaftspolitischen Markenkern" nicht aufzugeben.

"Ich erwarte insbesondere von der CDU-Landtagsfraktion, dass sie immer noch für Eigentum und Freiheit steht und nicht für sozialistische Experimente", formuliert Christian von Boetticher, der Landesvorsitzende des CDU-Wirtschaftsrats Schleswig-Holstein, seinen Appell gegen die Übernahme des Bundesmodells bei der Grundsteuer unmissverständlich. Das von Bundesfinanzminister Olaf Scholz, gleichzeitig Kanzlerkandidat der SPD, entwickelte Modell sei "für das Eigentum in Deutschland ein weiterer Sargnagel. Eine Umsetzung dieser Konzeption durch eine CDU-geführte Regierung verbietet sich daher". Einen eigenen Vorschlag für ein Grundsteuermodell steuerte von Boetticher nicht bei.

CDU-Wirtschaftsrat will kein "lahmer Bettvorleger" sein

Der Angriff zielt auf die in der schleswig-holsteinischen Jamaika-Koalition favorisierte Umsetzung des Scholz-Modells der Grundsteuer. Motor dieser Lösung ist Finanzministerin Monika Heinold (Grüne). Insbesondere aus der FDP gab es bereits klare Kritik an diesem Weg. "Wir haben gekämpft wie die Löwen", erklärte Annabell Krämer, Finanzsprecherin der FDP-Landtagsfraktion, vor Weihnachten gegenüber der Immobilien Zeitung. "Aber die Grünen gehen mit dem Thema sehr ideologisch um, sehen sie auch als Vermögenssteuer - und die CDU hat sich als zahmer Bettvorleger erwiesen."

Zahmer Bettvorleger möchte man bei der CDU nicht sein. Und daher betont von Boetticher zudem verfassungsrechtliche Zweifel, fürchtet um die Investitionsbereitschaft der Wohnungswirtschaft mit Wohnraumangel und steigenden Mieten als Konsequenz. "Das darf nicht der Kurs für Schleswig-Holstein sein, für den diese Regierung steht."

Günther soll Heinold bremsen

Der frühere SPD-Innenminister im hohen Norden, Andreas Breitner, mahnt den CDU-Ministerpräsidenten sowie Landesvorsitzenden Daniel Günther und die Nord-CDU in Gänze gerne, "ihren wirtschaftspolitischen Markenkern" nicht aufzugeben, indem man "Heinold erlaubt, eine Art Vermögenssteuer einzuführen". Breitner ist seit Längerem Direktor des Verbands norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) und hat mit Alexander Blažek, Vorstandsvorsitzender des Grundeigentümergebietes Haus & Grund Schleswig-Holstein, die Steilvorlage des CDU-Wirtschaftsrats aufgenommen. Beide fordern ein Flächen-Lage-Modell wie in Hamburg.

Auch die FDP denkt in diese Richtung, doch Krämer macht darauf aufmerksam, dass es in Schleswig-Holstein für rund 15% der Flächen gar keinen Bodenrichtwert gebe und für weitere etwa 30% keinen eindeutigen.